## DIE EINÜBUNG EINER GEMEINSCHAFTLICHEN VISION VON STADT

Elizabeth Calderon Lüning und Marco Clausen im Gespräch mit Christian Hiller und Anh-Linh Ngo

Anh-Linh Ngo: Marco, Ihr habt 2009 angefangen, eine etwa 6.000 Quadratmeter große Brachfläche in Berlin-Kreuzberg in einen urbanen Garten zu verwandeln. Welche Ziele hattet Ihr bei der Gründung des Prinzessinnengartens? Marco Clausen: Die Grundidee war, diese Brachflächen, von denen es in Berlin damals noch sehr viele gab, für die Nachbarschaft nutzbar zu machen. Wir wollten zeigen, was an diesen verlassenen Orten möglich ist, wenn man sie allen zugänglich macht und für gemeinschaftliches Engagement öffnet. Insbesondere wollten wir einen Garten schaffen, in dem man praktisch erfahren kann, wie unsere Lebensmittel hergestellt werden und was biologische Vielfalt bedeutet.

Dabei waren Urban Gardening oder urbane Landwirtschaft damals noch kein Thema in Berlin. Viele hielten das für eine romantische Idee, für die es in der Stadt keinen Platz gibt. Wir waren selbst überrascht, welchen Sog diese Idee dennoch ausgelöst hat. Viele hundert Helfer\*innen kamen beim Aufbau des Gartens zusammen. In der Folge wurde er zu einem Anknüpfungspunkt für viele andere Initiativen in ganz Berlin, die sich mit Stadtökologie und ökologischer Bildung auseinandersetzen. Der Garten ist durch viele Formen der Beteiligung zu einem gemeinschaftlichen Ort geworden.

**ALN:** Im Unterschied zur Tradition der Besetzerszene in Berlin habt Ihr den Ort nicht einfach okkupiert, sondern seid planvoll und mit einem ökonomischen Konzept an die Sache herangegangen.

**MC**: Ja, wir wollten ein Modell entwickeln, das es uns erlaubt, den Garten ökonomisch nachhaltig zu betreiben. Von Anfang an haben wir deshalb gemeinwohlorientierte Bildungsarbeit mit der Möglichkeit gewerblicher Aktivitäten verbunden. Bar und Restaurant generieren Einnahmen, mit denen wir unsere Mietkosten decken und Infrastruktur aufbauen können: sie bieten zudem für das in der Nachbarschaft lebende Personal Einkommensmöglichkeiten. Beide Einrichtungen thematisieren jedoch auch die Prinzipien des Gartens. Indem Produkte aus dem Garten verwendet werden, sensibilisiert die saisonal gebundene Speisekarte dafür, wo landwirtschaftliche Produkte herkommen, unter welchen Bedingungen sie erzeugt werden und was das für die Landschaft oder für die Landwirt\*innen bedeutet. Wir versuchen so auch dem gewerblichen Anteil des Projekts eine Form zu geben, die für eine andere Ökonomie steht.

**ALN**: Es ist interessant, dass man heute mit Themen wie Ernährung, Ökologie und Nachhaltigkeit eine größere Reichweite entwickeln kann, als wenn Ihr mit dem Ziel gestartet wäret, Stadtpolitik zu betreiben. Wie erreicht man es, dass die Leute, vermittelt über solche Themen, damit anfangen, über die Stadt insgesamt nachzudenken?

**MC**: Auch für mich war es ein Lernprozess, dass wir mit einem solchen lokalen Projekt

gleichzeitig über die gesamte Stadt sprechen. Der Ort selbst hat ein Eigenleben und setzt Themen. Man fängt an, Gemüse anzubauen und früher oder später ist man gezwungen, sich darüber Gedanken zu machen, wie die Lebensmittelversorgung in Berlin eigentlich aussieht. Schnell merkt man, dass das ganz wesentlichen Einfluss hat, nicht nur auf die Infrastruktur in der Stadt, sondern auch darauf, wie der ländliche Raum aussieht. Dieses kleine Projekt wirft Fragen auf, die wir damit nicht lösen können. Aber es kann für bestimmte Themen sensibilisieren, die man selber oder auch die Stadtgesellschaft bis dahin nicht formulieren konnte. Wie gehen wir mit unseren Ressourcen um, wie mit den Abfällen und Emissionen, die die Städte produzieren? Wie gestalten wir die Versorgung von Städten? Die wichtigste Frage wird für mich sehr selten gestellt, nämlich jene nach dem Verhältnis von Stadt und Land und insbesondere nach der Abhängigkeit der Städte von der Landwirtschaft.

ALN: 2015 habt Ihr im Prinzessinnengarten die Nachbarschaftsakademie gegründet, um dieses Wissen, das durch das Machen im Garten produziert wird, zu vertiefen und in andere Diskursformen zu überführen. Warum war es notwendig, an diesem Ort eine Nachbarschaftsakademie einzurichten? Etizabeth Calderon Lüning: Die Nachbarschaftsakademie wurde von der schwedischen Künstlerin Åsa Sonjasdotter und Marco Clausen initiiert und von

Common Grounds e.V. getragen. Die grundlegende Idee dahinter war, dass wir selbstorganisierte Räume des Lernens brauchen, die über das etablierte Bildungssystem hinausgehen, um neue Formen des städtischen Agierens einzuüben und uns neues Wissen im Umgang mit den gegenwärtigen städtischen wie globalen Veränderungsprozessen anzueignen.

Wir sehen uns mit der Nachbarschaftsakademie auch als Vermittlerin zwischen unterschiedlichen Formen des Wissens und der Sprache, zwischen Wissenschaft, Politik, Aktivismus, künstlerischem Forschen und dem Alltagswissen der Nutzer\*innen des Gartens.

Christian Hiller: An wen richtet sich die Nachbarschaftsakademie, für wen ist sie offen? **ECL**: Unser Ausgangspunkt war die Idee einerseits der direkten geografischen, aber auch der ideellen Nachbarschaften des Gartens mit anderen Orten und Projekten, die ähnliche Kämpfe führen wie wir und zu denen wir bewusst eine Nachbarschaft herstellen wollen. Wir haben diesen Prozess als kleine Gruppe angeschoben, versuchen aber gerade, diese Akademie von unten auf eine breitere, selbstverwaltete Basis zu stellen. Auf der Organisationsebene diskutieren wir im Moment, wie wir die Strukturen weiter aufbrechen könnten. Wir suchen nach Wegen, wie andere sich mit Inhalten einbringen, wir dem Ganzen aber trotzdem noch eine Struktur geben können. Als Ort eines gemeinsamen Einübens der gemeinsamen Nutzung von Räumen dient uns die Laube. Als ein Gemeingut soll sie allen nicht-kommerziellen Nutzungen offenstehen und dabei, doch das ist nicht leicht, ein gemeinsames Sorgetragen um diesen Ort sicherstellen.

**ALN**: Welche Rolle spielt die Architektur der Laube dabei?

ECL: Der Bau der Laube war ein wichtiger Prozess. Sie wurde gemeinsam von Nutzer\*innen und Experten geplant und dann im Selbstbau mit Student\*innen, Auszubildenden, Zimmermännern und -frauen und anderen Helfer\*innen errichtet.

Dass man es schafft, gemeinsam und mit der eigenen Körperkraft ein Haus zu bauen, hatte eine große Wirkung. Wir haben uns damit im wörtlichen Sinne selbst einen offenen Raum für selbstorganisiertes Lernen

geschaffen. Die Laube ist zwar demontierbar, aber sie hat ein festes Fundament. Das ist auch eine klare Ansage: Wir bleiben!

CH: Ihr bezieht in eurer Bildungsarbeit einerseits

Schulen mit ein, andererseits zieht der Garten auch ein touristisches Publikum an. Hier stellt sich die Frage nach der Zugänglichkeit des Prinzessinnengartens. Mit welchen Strategien und Projekten öffnet er sich nach außen? **MC**: Das Besondere am Prinzessinnengarten ist, dass er mitten im Zentrum und direkt an einem U-Bahnhof liegt. Während der Saison ist er täglich für alle geöffnet. Viele kommen einfach nur, um in der Sonne zu sitzen, ein Buch zu lesen, etwas zu trinken oder zu essen. An bestimmten Tagen kann man sich unter Anleitung am Gärtnern beteiligen. Man kann Projekte vorschlagen und sie selbst umsetzen. Dadurch haben wir eine breite Mischung verschiedener Nutzungen und Nutzer\*innen.

Doch im Bereich Ökologie herrscht eine starke soziale Segregation, die sich auch hier bemerkbar macht. "Bio" ist in Deutschland immer noch ein Thema bessergestellter bürgerlicher Milieus und immer noch mit teurerem Essen konnotiert. Wir versuchen zu zeigen, dass sich das Soziale und das Ökologische nicht auseinanderdividieren lassen, dass unsere Lebensverhältnisse auch von unserem Verhältnis zur Natur abhängen. Die Tatsache, dass bestimmte Menschen mit geringerem Einkommen viel stärker belastet sind durch Lärm, Luftverschmutzung und auch durch schlechtes Essen, ist sowohl eine soziale als auch eine ökologische Frage. Deswegen arbeiten wir gezielt mit Schulen und Kindergärten zusammen, um so einen Zugang zu diesen Themen zu eröffnen. Aber das ist ein sehr langer Weg.

ECL: In unserer Zusammenarbeit mit der Nachbarschaft hat sich diese konflikthafte Situation auch abgezeichnet. In dieser Straße gibt es viele Menschen, die gerade aus ihren Wohnungen verdrängt werden und buchstäblich existenzielle Sorgen haben. Entsprechend wurden wir auch mit dem Vorwurf konfrontiert, dass es ein Privileg sei, sich mit der Umwelt oder dem Klima zu beschäftigen. Manche Gegner\*innen solcher Orte wie unserem instrumentalisieren diesen Konflikt und spielen die Interessen bewusst gegeneinander aus. Uns geht es jedoch darum, einen Weg zu finden, diese

Themen zusammen zu denken. Auch wenn es bei uns nicht um Wohnen geht, fühlen wir uns der Mieter\*innenbewegung stark verbunden. Denn letztlich geht es bei beiden ganz grundsätzlich darum, wie viel Entscheidungs- und Gestaltungsmöglichkeit wir überhaupt haben, wenn unsere Städte durch das Modell des Privateigentums bestimmt werden.

**ALN:** Bei dem Ausstellungsprojekt An Atlas of Commoning beschäftigen wir uns auch intensiv mit der Genderpolitik, die sehr stark mit der Frage der reproduktiven Arbeit zusammenhängt. Welche Rolle spielt dieser Themenkomplex in eurem Gesamtprojekt?

ECL: Mit der Nachbarschaftsakademie tragen wir Sorge für einen Ort, insbesondere auch für die Laube. "Sorge für etwas tragen", "sich um etwas kümmern", das sind klassische Begriffe der reproduktiven Arbeit, die zudem typischerweise Frauen zugeordnet werden. Wie häufig bei der Reproduktionsarbeit wird auch unsere nicht als solche anerkannt, ihr wird keine wirtschaftliche Relevanz beigemessen und als etwas betrachtet, was einfach so nebenher passiert.

**ALN:** In den 1960er- und 70er-Jahren gab es aus der feministischen Bewegung heraus die Forderung nach einem Lohn für die Reproduktionsarbeit. Doch trotz aller gesellschaftlichen Veränderungen besteht die Trennung zwischen der bezahlten Erwerbsarbeit und der häuslichen Arbeit, der Produktion und der Reproduktion, bis heute weiter. Was wären die Forderungen von heute? In welcher Form sollte die Anerkennung der reproduktiven Arbeit erfolgen?

ECL: Zunächst benötigen wir eine Sprache, die anerkennt, dass es genau diese Reproduktionsarbeit ist, die alles zusammenhält. Das, was wir hier kreieren, ist kein öffentlicher, aber auch kein privater Raum. Wir kommen zusammen, essen zusammen, gärtnern zusammen, bilden uns zusammen, bauen zusammen. Wir fordern keinen Lohn für diese Arbeit, aber wir benötigen eine Anerkennung in Form organisatorischer, eigentumsrechtlicher und wirtschaftlicher Strukturen, die anders funktionieren als die übliche Trennung in die öffentliche und privatwirtschaftliche Sphäre.

**ALN**: Was sind gegenwärtig die wichtigsten Probleme, die das Projekt zu verhandeln hat, und was sind die Ziele für die weitere Entwicklung?

## Prinzessinnengarten / Die Laube

**MC**: Wir haben den Prinzessinnengarten zunächst als temporäres Projekt mit einem einjährigen Zwischennutzungsvertrag gegründet. Vertragspartner war damals der Liegenschaftsfonds Berlin, eine stadteigene Gesellschaft, deren einzige Funktion es war, meistbietend städtischen Grund und Gebäude zu verkaufen. Über ein Jahrzehnt lang wurden mehrere Tausend Grundstücke an Investoren veräußert. Auch unser Vertrag sah vor, dass der Garten sofort verschwindet, wenn es einen Bebauungsplan, einen Investor und Geld gibt. Doch der Prinzessinnengarten war einer der wenigen Orte, die diesem vermeintlich unausweichlichen Schicksal entgehen konnten. 2012 wollte ein Investor das Grundstück kaufen. Daraufhin haben wir eine Kampagne gestartet, die durch die Sichtbarkeit und Popularität des Ortes sehr schnell 30.000 Unterstützer\*innen fand. Wir haben argumentiert, dass das eine grundsätzliche Frage ist, die nicht nur den Prinzessinnengarten betrifft und wir eine öffentliche Debatte über die langfristigen Folgen dieser Privatisierungspolitik führen müssen. Es gelang uns, den damals strikt auf Privatisierung getrimmten Senat dazu zu bringen, diese zumindest auszusetzen. Dem Prinzessinnengarten wurde ein Vertrag für weitere sechs Jahre angeboten. Er läuft dieses Jahr aus. Sechs Jahre sind, wie man schnell feststellt, nicht lang. Wir versuchen nun diesem zyklischen Kampf um eine weitere Verlängerung der Zwischennutzung zu entkommen. Sie ist vermutlich ohnehin kein tragfähiges Model mehr für diese Art von Nutzung.

ALN: Die Zwischennutzer\*innen haben schmerzlich lernen müssen, dass sie das kulturelle Kapital schaffen, das die Immobilienwirtschaft in Form der Gentrifizierung schließlich monetarisiert. So lange es genügend Freiräume gab, die man sich aneignen konnte, war es kein Problem, weiterzuziehen. Nun, da die Freiräume knapp werden, denken viele darüber nach, wie sie sich dauerhaft institutionalisieren können. **MC**: Es ist richtig, dass Zwischennutzungen auch selbst zur Aufwertung und Gentrifizierung beiträgt, wenn man sie nicht gleichzeitig als Plattform der Auseinandersetzung begreift. Sie sind immer die ersten, die aufgrund des Spekulationswahnsinns und der Gentrifizierung verschwinden. Wir benötigen daher eine Stadtentwicklung. die solche Orte dauerhaft in den Nachbar-

schaften sichert, weil sie wichtige soziale und ökologische Funktionen erfüllen. Mit uns zusammen sind weltweit, aber auch in Deutschland und Berlin sehr viele solche Projekte entstanden. Doch die meisten Gärten sind nicht dauerhaft gesichert, es fehlen politische Rahmenbedingungen dafür. Daher stellt sich bei vielen Gärten gerade die Frage, wie das, was spontan entstanden ist, langfristig in die Planung übernommen werden kann. 2014 haben wir mit inzwischen über 150 Initiativen ein Urban-Gardening-Manifest geschrieben, um zu verdeutlichen, dass wir nicht nur diese netten, romantischen Orte sind. Wir haben eine gemeinsame politische Agenda, uns geht es um große Fragen des gesellschaftlichen Wandels, des Postwachstums, der Klimakatastrophe. Dafür brauchen wir diese Räume als Lernorte, und als solche müssen sie auch dauerhaft Bestand haben.

**ALN**: Auf welche Schwierigkeiten trifft man, wenn ein solches Projekt länger besteht und ein Prozess des Gemeinschaffens, wie er im Prinzessinnengarten stattfindet, eine gewisse Form der Institutionalisierung erreicht?

MC: Als wir anfingen, hatten wir nicht den Anspruch, hier ein Gemeingut herzustellen. Der Begriff der Commons war damals noch kein Gesprächsgegenstand. Das ist erst in den letzten Jahren zunehmend diskutiert worden. Zum Teil hatte diese Debatte ihren Ursprung im akademischen Diskurs, aber auch in globalen Kämpfen, beispielsweise um die Bodenfrage.

Wenn man ein Konzept wie unseres verfolgt, das teilweise gewerblich ist und Einnahmen erzielt, das mit Angestellten ebenso wie mit Freiwilligen arbeitet, produziert man natürlich ständig Widersprüche. Wir sind außerdem als GmbH organisiert. Die formale Struktur basiert also auf einem strikt hierarchischen Organisationsmodell. Trotzdem gibt es auch laufend informelle Verfahren, die die Möglichkeit bieten, dass man sich persönlich beteiligt oder die Meinung unterschiedlicher Menschen einholt. Der Prinzessinnengarten ist kein großes Kollektiv, er setzt sich aus ganz unterschiedlichen, sowohl im Austausch stehenden als auch autonomen Gruppen zusammen, die für sich selbst Formen finden, in denen sie bestimmte Sachen machen, entscheiden. voranbringen.

Diese Struktur hat aber auch ihre Grenzen, denn sobald es etwa um finanzielle Fragen geht, trägt am Ende immer die Geschäftsführung die Verantwortung. Der Garten ist ein äußerst widerspruchsvolles Unternehmen, das diese Widersprüche permanent aushandeln muss. Wir merken dabei auch, dass die bestehenden Modelle nicht immer für Prozesse des Commoning geeignet sind. Wir versuchen, das als Lernprozess zu verstehen und fragen uns fortwährend: Wie könnte man es so organisieren, dass die hier keimenden Ideen eine entsprechende Form finden? **ECL**: Wenn es gegenwärtig darum geht, eine dauerhafte Lösung für diesen Ort zu finden und eine Skalierbarkeit zu erzielen für ähnlich funktionierende Orte, erreichen wir eine Grenze dessen, was mit den gegenwärtigen Formen der Politik und Verwaltung möglich ist. Auf der Ebene des Bezirks existiert die Kategorie der "öffentlichen Daseinsvorsorge", die etwa Grünflächen, Sportplätze und Schulen beinhaltet. Aber wie kann so ein Ort wie der Prinzessinnengarten mit seiner Programmierung und Offenheit von Seiten der Verwaltung unter der Daseinsvorsorge gefasst werden? Die Verwaltung muss alles in eine spezifische Schublade einsortieren, aber die Schublade für einen solchen Ort fehlt. Wir versuchen gemeinsam mit der Verwaltung neue Strukturen zu entwickeln, innerhalb derer solche Orte erlaubt werden können. Das betrifft ganz zentral auch die Frage des Eigentums. Wie kann der Bezirk oder die Stadt als Eigentümer diese Fläche freigeben für eine Nutzung, die so offen ist?

**ALN:** International existieren bereits unterschiedliche Modelle, wie solche Projekte verstetigt werden können. Ein mögliches Modell sind Community Land Trusts, die aus dem angelsächsischen Bereich stammen und nun in Deutschland verstärkt diskutiert werden. Wie könnte der Grund und Boden langfristig für Euer Projekt gesichert werden?

MC: Ich spreche lieber von dauerhaft statt von langfristig. Im Urbanen werden Dinge in extrem kurzen Zeiträumen entschieden und umgesetzt, erhalten damit aber auch Projekt- oder Investitionscharakter. Durch die Auseinandersetzung mit anderen Orten, auch mit der bäuerlichen Landwirtschaft, hat sich meine Perspektive verschoben. Wir müssen in der Lage sein,

wieder über viel längere Zeiträume nachzudenken, mindestens 100 Jahre. Dadurch übernehmen wir plötzlich eine völlig andere Rolle in Bezug auf den Ort, um den wir uns kümmern. Dann sind wir nicht nur gerade dessen Nutznießer\*innen, sondern tragen auch Verantwortung für zukünftige Generationen. Deswegen ist es wichtig, Rechtsformen zu finden, die gewährleisten, dass bestimmte Orte dem Spiel der politischen Machtverhältnisse, der Spekulation des Marktes entzogen werden, um etwas Dauerhaftes aufbauen zu können, für das die Nachbarschaft Sorge trägt. Wir müssen jetzt Eigentumsmodelle erfinden, die nicht am Profit orientiert sind.

Teilweise gibt es bereits Modelle, die man sich genauer anschauen kann, wie der von Dir genannte Community Land Trust. Diese sorgen auch dafür, dass die Nutzer\*innen nicht alleine über einen Ort entscheiden. Denn es besteht immer das Risiko, dass sich solche Orte abschließen und um sich selbst kreisen. Deshalb ist es wichtig, dass andere Akteur\*innen einbezogen werden, sei es die öffentliche Hand, sei es die Nachbarschaft, die sicherstellen, dass das, wofür eine Fläche dauerhaft gewidmet wurde, tatsächlich auch stattfindet.

Momentan haben wir zum Thema "Dauerhafter Erhalt als Gemeingut" eine Abendschule initiiert, die sich wöchentlich trifft und darüber austauscht, was ein Gemeingut eigentlich bedeutet und wie das an diesem Ort aussehen könnte. Im Idealfall wäre der Prinzessinnengarten ein erfolgreiches Pionierprojekt dafür.

**ALN:** Das verweist auf die Frage, was solche im Verhältnis zur Stadt kleinen Inseln wie der Prinzessinnengarten bewirken können. Wie kann man von hier aus auf die Stadt und die Politik Einfluss nehmen?

MC: Wir können die Welt mit diesen kleinen Eingriffen nicht ändern, aber wir können die Perspektive der Menschen verschieben, indem sie am eigenen Leib erfahren, dass es Orte gibt, die anders sind und trotzdem funktionieren. Die Kraft dieser Orte besteht darin, infrage zu stellen, was uns beständig als alternativlos präsentiert wird. Sobald die Menschen erfahren, dass es auch anders geht, ändert sich ihr Blick auf das Mögliche.

In diesem Zusammenhang sollte allerdings nicht vergessen werden, dass diese Orte nicht durch Zufall entstehen. Der Prinzessinnengarten ist nur möglich, weil hier Menschen vor 40 Jahren schon eine als alternativlos dargestellte Autobahnplanung aufgehalten und so verhindert haben, dass diese ganze Nachbarschaft der Planierraupe weichen musste. Es ist wichtig, diese historische Verwurzelung aufzunehmen und diese Kämpfe und Themen weiterzutragen.

**ALN:** Ihr habt den Ansatz der Wunschproduktion von PlanBude aufgegriffen, die wir auch in der Ausstellung und diesem Heft vorstellen. Wie nutzt Ihr die Wunschproduktion?

**MC**: Den Prozess der Wunschproduktion haben wir gerade erst angestoßen, wir stehen dabei noch ganz am Anfang. Wir wollen damit die Frage nach der Zukunft dieses Ortes stellen. Hierbei ist es uns wie gesagt wichtig, den Zeithorizont über das eigene Lebensalter hinaus zu denken. Was könnte dieser Ort in den nächsten 99 Jahren sein? Diese Zeitspanne hängt auch mit dem Erbbaurecht zusammen, also dem rechtlichen Instrument, das uns hier in Berlin zur Verfügung steht und das in der Regel auf diesen Zeitraum ausgelegt ist. Wir wollen zusammen mit der Stadt, mit dem Bezirk, mit der Nachbarschaft gemeinsam definieren, welche Funktion der Ort übernehmen kann im Hinblick auf Projekte für Bildung, Klimaanpassung und Biodiversität, und nicht zuletzt als Raum demokratischer Aushandlungsprozesse. Mein Wunsch ist, dass wir uns tatsächlich weiterentwickeln von einer spontanen Zwischennutzung hin zu einem dauerhaften gemeinschaftlichen Bildungsort für eine andere Vision von Stadt.

**ECL**: In gewissem Sinne war der Prinzessinnengarten von Anfang an eine Form der Wunschproduktion. Er hat Bedürfnisse aufgezeigt, an denen wir weiterarbeiten müssen.

Bei dieser Wunschproduktion ist es für uns außerdem wichtig, die Nachbarschaft miteinzubeziehen, in die dieser spezielle Ort eingebettet ist. Er liegt an der Oranienstraße, also an einer Straße, die für eine lange Zeit sehr viele Möglichkeiten geboten hat, die sich in den letzten 10 Jahren aber wahnsinnig stark verändert hat. Viele der Projekte, die hier vor 20 oder 30 Jahren angefangen haben, werden jetzt verdrängt. Wie geben wir solchen Orten noch einen Platz? Deshalb haben wir einen Prozess

der Wunschproduktion mit der ganzen Straße initiiert.

ALN: Eure Aktivitäten bleiben aber nicht

auf diesen physischen Ort beschränkt, Ihr greift im Rahmen der Nachbarschaftsakademie auch auf den digitalen Raum aus. An der sogenannten Sharing Economy wird deutlich, wie digitale Werkzeuge heute dazu genutzt werden, soziale Beziehungen zu kommerzialisieren. Mit der Digitalisierung stellen sich ganz neue Fragen nach Eigentum und Zugang. **ECL**: Der digitale Raum ist für uns hier in Deutschland einerseits komplett zugänglich, andererseits völlig unzugänglich, wenn es darum geht mitzubestimmen, wie die Systeme funktionieren und wie unsere Daten verwaltet werden. Deshalb haben wir zusammen mit weiteren EU-Partnern das Projekt MAZI initiiert. MAZI bedeutet auf Griechisch "zusammen". Ziel ist es, lokale digitale DIY-Netzwerke zu entwickeln, also mithilfe von Open Source Software und leicht verfügbarer Hardware lokale, nicht ans Internet gekoppelte Netzwerke zu installieren, die von Nachbarschaften nach ihren Bedürfnissen gestaltet und genutzt werden können. In der tech-affinen Szene existieren solche Technologien schon lange, aber in stadtpolitischen Kreisen spielte das bisher keine Rolle. Dabei schreitet das Thema der digitalen Stadt wahnsinnig schnell voran, es findet derzeit eine massive Überführung der städtischen Infrastrukturen in ein umfassendes digitales System statt. Aber das passiert in den Hinterzimmern, wo wir als Anwohner\*innen weder Einblick noch Einfluss haben, auch der Verwaltung fehlt oft die notwendige Expertise. Deshalb ist es wichtig, dass wir uns als stadtpolitische Initiativen mit diesen Zukunftsfragen auseinandersetzen. Denn eins ist klar: Abstinenz ist keine Lösung, wir benutzen diese Technologien und Infrastrukturen und müssen eine Antwort darauf finden, wie wir sie als Stadtbewohner\*innen mitgestalten können.